

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

5 (7.1.1919)

Die „Krausheimer Volksstimme“ bezeichnet das Wahlergebnis als nicht befriedigend, sie schreibt:

„Denn die Sozialdemokratie hat einen sprunghaften und auch in seiner Gesamtheit erfreulich hohen Stimmen- und Mandatszuwachs zu verzeichnen; einen höheren als manche skeptisch veranlagte Gemüter erdachten, aber auch nicht einen in so starkem Ausmaße hohen, wie ihn vereinzelt Optimisten, vor allem unter den mit den schwierigen Verhältnissen Badens weniger vertrauten neueren Anhängern unserer Partei erhoffen zu dürfen glaubten.“

Zur neuen Konstellation im Landtag schreibt unser Krausheimer Parteiblatt:

„Es wird deshalb Inapp auf Inapp gehen und es wird von der demokratischen Partei abhängen, ob im neuen Baden eine ausreichende und arbeitsfähige und vor allem wirklich demokratische und sozialorientierte Mehrheit zustande kommt, oder ob sie durch ein praktisch-politisches Agieren eines Teils ihrer Mandatsträger — und es sind ein paar wenig verlässliche Kantonsisten unter ihnen — in dem Baden nach der Revolution dem Zentrum zur ausschlaggebenden Macht verhelfen. Damit ruht eine schwere Verantwortung auf der demokratischen Partei und zugleich das ganze künftige Schicksal des bürgerlichen Liberalismus als solchen in ihrer Hand.“

Das „Karlsruher Tagblatt“ schreibt zum Wahlausfall: Die Mehrheitssozialisten haben, wie vorausgesehen war, am besten abgeschnitten. Zeiten, wie die gegenwärtigen, mit ihren vielen Sorgen und Widerwärtigkeiten, mit oft recht offenen zu Tage tretenden Ungerechtigkeiten treiben die Massen naturgemäß nach links.

Der „Badische Beobachter“ bemerkte zu dem vorläufigen Wahlergebnissen gestern morgen:

„Die Sozialdemokratie hat sicher einen Gewinn gemacht, teilweise dadurch, daß die Wählerzahl durch viele jugendliche erweitert wurde, teilweise infolge der Unzufriedenheit, die der Krieg und das Kriegsende geschaffen haben. Doch von sensationellen Erfolgen kann höchstens bei Einzelresultaten die Rede sein.“

Gestern abend bringt der „Bad Beobachter“ lediglich einen Aufruf der Zentralkommission seiner Partei, in dem den treuen, zuverlässigen, brauen Truppen herzlichster Dank ausgesprochen wird. „Der Sieg ist ihr stolzes Werk.“

Die „Badische Landeszeitung“ schreibt u. a.:

„Aber auch das Wahlergebnis ist im ganzen so ausgefallen, wie man unter den gegebenen Verhältnissen es nicht erheblich anders erwarten durfte. Sowohl die Sozialdemokratie, als auch Zentrum und Konstantiner zusammen haben für sich auf eine Mehrheit in der neuen Volksversammlung einigermassen gerechnet und manche Liberale haben eine solche Mehrheit befürchtet. Sie ist nicht zustande gekommen. Die Deutschdemokratische Partei hat ungefähr erreicht, was sich ihre Redner in ihren Reden erhofften; ein paar Sitze mehr, auf die man etwa redierte, müssen verschmerzt werden. Jedenfalls ist die Partei in die Lage versetzt, mit der Sozialdemokratie die alte Großblockmehrheit, nötigenfalls aber auch gegen die Sozialdemokratie eine Mehrheit nach rechts bilden zu können.“

Minister Dr. Haas äußert sich im heutigen „Karlsruher Tagblatt“ zum Wahlergebnis:

„Im Vordergrund steht die Ueberzeugung, daß das Wahlergebnis für die gesamten Interessen des badischen Volkes als höchst erfreulich bezeichnet werden muß; wir dürfen hoffen, daß auch weiterhin die Ruhe und Ordnung im badischen Lande aufrecht erhalten werden kann.“

Die Bildung einer Mehrheit der Rechten, bestehend aus einem Abgeordneten des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei, ist unmöglich gemacht; es gibt keine Rechtsmehrheit.“

Ueber die künftige Politik in Baden schreibt nun Herr Dr. Haas:

„Darüber ist sich die Demokratie völlig klar, daß in Zukunft im Reich und in Baden keine Politik unter Ausschaltung der Sozialdemokratie gemacht werden kann. Es wäre theoretisch möglich, in der badischen Nationalversammlung einen Block der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Das wäre eine Politik des Wahnsinns. Damit würde man die zweite Revolution und die Zerstörung des Staates heraufbeschwören.“

Ueber die künftige Zusammenetzung der Regierung spricht Herr Dr. Haas die Ansicht aus, daß wahrscheinlich das künftige Ministerium als Koalitionsministerium Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie umfassen

wird, wobei der Sozialdemokratie ein größerer als der rein ziffermäßige Einfluß zukomme, Zentrum und Demokraten müßten unter Umständen zu Zugeständnissen bereit sein.

Die Einberufung der badischen Nationalversammlung.

Wie noch erinnert sein dürfte, hatte die badische vorläufige Volksregierung beim Ausschreiben der Wahlen zur badischen Nationalversammlung erklärt, sie werde die Versammlung selbst zehn Tage nach der Wahl einberufen. Wie nun der „Badische Beobachter“ hört, beabsichtigt die Volksregierung die Nationalversammlung auf Mittwoch den 15. Januar, vormittags 9 Uhr nach Karlsruhe einzuberufen. Die Fraktionen werden schon am Dienstag den 14. Januar, vormittags, hier Besprechungen abhalten und für den Abend dieses Tages ist eine Aussprache der Regierung mit den Fraktionsführern in Aussicht genommen.

Der Verlauf der Wahl. Nach den aus dem Lande eingegangenen Nachrichten ist die Wahlhandlung zur bad. Nationalversammlung überall ruhig verlaufen und nirgends gestört worden. In Mannheim hatte das Aktionskomitee der kommunistischen Partei (Spartakusbund) Aufrufe zur Wahlenthaltung verbreitet und zugleich zu einer Massenaktion für die kommunistische Sozialwirtschaft aufgerufen. Aber auch in Mannheim gingen die Wahlen ruhig von statten. Zu großem Unlug kam es jedoch nachts 1 Uhr in Konstanz auf dem dortigen Münsterplatz, wobei von ungefähr 40 halbwüchsigen Burschen ein „Angriff“ auf das Ministerparterhaus und auf das Geschäftshaus der „Konstanzer Nachrichten“ unternommen wurde. Die Burschen verübt einige Beschädigungen, zu ernstlichen Vorfällen ist es aber nicht gekommen.

Das Wahlergebnis. Um den Genossen einen Ueberblick über das Ergebnis der Wahlen in den einzelnen Orten zu geben, werden wir in den nächsten Tagen eine tabellarische Aufstellung der Wahlergebnisse aus sämtlichen Orten des 3. Wahlkreises sowie des 2. Kreises, soweit er zu unserem Verbreitungsgebiet gehört, bringen.

Das Wahlergebnis von Offenburg. Aus Offenburg schreibt man uns: Die Wahlhandlung ist geschlagen und das Resultat übertrifft unsere hochgepostetsten Erwartungen. 2100 Stimmen gegen 450 U.S.P. Wer hätte dies in der sog. Hochburg der Unabhängigen erwartet? Das Zentrum mit seiner fanatischen Klerikalehrer durch diesen Druck auf die weiblichen Wähler 9750 Stimmen, während die demokratische Liste mit 1860 Stimmen sogar von uns beträchtlich überholt wurde. Und doch hätte das Ergebnis für uns noch viel besser sein können. Sicher weit über 1000 Wähler dürften nicht wählen, weil sie ihre Eintragung in die Liste zu beantragen unterließen, es wären fast lauter Stimmen unserer Richtung gewesen. Sogar Leute, die richtig angemeldet waren, fanden nicht in der Liste und es muß gesagt werden, daß auch auf dem Rathaus nicht alles vor sich ging, wie es sein sollte. Das Zentrum hätte es verstanden, durch einen großen Trupp Mitarbeiter seine Wähler wohl alle in die Liste zu bringen. Zu dieser Arbeit waren wir organisatorisch zu schwach und hier muß der Hebel angelegt werden. Hierin ist die Organisation und fest mitarbeitend, das ist das Haupterfordernis der Stunde. Dann wird nicht nur dies, sondern vieles andere besser. Auch die Spaltung hat zweifellos Nachteile und Schäden verursacht; auch hier sollte man hoffen, daß der Hauptteil wenigstens bei den sog. Unabhängigen zur Einsicht kommt und sich an die Worte erinnert: nur Einigkeit macht stark.

So viel einleitend von der Stadt Offenburg. Auch im ganzen Amtsbezirk Offenburg können wir mit großer Befriedigung auf das Ergebnis blicken. Unsere Stimmenszahl beträgt 7421, für Unabh. Soz. 1007, Zentrum 19 000, Demotr. 8708, Konf. 1100.

Deutsche Nationalwahlen.

Frauen in die Nationalversammlung!

Die Frauen haben das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Von der Nationalversammlung wird entschieden werden über das Frauenwahlrecht der Zukunft. Die deutschen Frauen müssen am 19. Januar 1919 sozialistisch wählen, sonst bringen sie sich selbst um ihre Rechte.

Die Sozialdemokratie hat den Frauen das Wahlrecht gegeben; bringen die deutschen Frauen keine sozialdemokratische

Mehrheit in die Nationalversammlung, dann haben sie einmal gewählt — sie wählen vorläufig nicht wieder.

Die Herren, die den Frauen vor der Revolution keine Rechte geben wollten, werden sie ihnen sofort entziehen oder stark kürzen, wenn sie die Macht dazu bekommen. Diese Macht dürfen die Frauen ihnen nicht geben.

Die Frauen sind wählbar. Das entspricht dem Grundgedanken der Demokratie. Unsere besten, bewährtesten und tüchtigsten Genossinnen müssen gewählt werden. Die sozialdemokratischen Frauen wollen nicht herrschen, wollen im politischen und wirtschaftlichen Leben nur neben den Männern stehen, mit ihnen beraten und beschließen. Ein Nur-Männer-Parlament ist nicht mehr denkbar, darf auch nicht mehr über die Zukunft des ganzen Volkes entscheiden. Bei der Frage des Frauenwahlrechts der Zukunft müssen Frauen direkt mitentscheiden können.

Dann werden sie zum Wohle des ganzen Volkes Gelegenheit haben, an der Erfüllung der großen Zukunftsaufgabe des Proletariats am Sozialismus mitzuwirken.

Marie Zuchacz.

Deutsches Reich.

Eine neu zu gründende Reichshauptstadt.

„In der „Frank. Ztg.“ schlägt Dr. Hans Kampffmeyer-Karlsruhe die Gründung einer neuen Reichshauptstadt vor. Er geht von folgenden Erwägungen aus:

Der Ruf „Los von Berlin“ ist zu einem Kampfruf geworden. In ihm hallt noch ein großer Teil der Erbitterung nach, den das gefallene Regime in ganz Deutschland ausgelöst hat. Und man ist ohne weiteres geneigt, alle Unzulänglichkeiten und Fehler der Revolution Berlin zur Last zu legen. Die Berliner Spartakusgruppe ist zum Inbegriff der Sorge geworden, mit der weite Volkstheile der künftigen Entwicklung entgegensehen. Gegen das Verbleiben Berlins als Reichshauptstadt werden aber noch andere Gründe geltend gemacht.

Durch den voraussichtlichen Verlust von Teilen Pommern und durch die Angleichung Deutsch-Oesterreichs wird der geographische und auch der seelische Schwerpunkt Deutschlands nach Süd-Westen verlegt, und es würde für die Zusammenfassung der auseinanderstrebenden deutschen Staaten günstig sein, wenn die künftige Reichsregierung ihren Sitz an einem Ort hätte, der diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Nicht ohne weiteres abzuweisen ist auch der Gedanke, daß durch die Verlegung der Regierung von Berlin, wo die reichsten Einkünfte einen an sich überflüssigen Zeit- und Kostenaufwand beanspruchen und außerdem die Aufmerksamkeit der Aufmerksamkeit von Wesentlichen abziehen, an einen ruhigen Ort die Quantität und vor allem die Qualität der Parlaments- und Regierungsgeschäfte nur günstig beeinflusst werden kann.

Wenn es sich nicht nur um eine vorübergehende, sondern um dauernde Verlegung der Reichsregierung handeln soll, dann ist aus mancherlei Gründen die Errichtung einer neu zu gründenden Reichshauptstadt vorzuziehen.

Für die Neugründung sprechen — so sonderbar dies im ersten Augenblick erscheinen mag — vor allen Dingen auch finanzielle Gründe. Die Verwaltungsgebäude für die zahlreichen Behörden müßten in den bestehenden Städten in nahezu demselben Umfang, wie in einer neuen Stadt, neu errichtet werden, und würden in einer Neugründung mit zunächst billigen häuslichen Lebensverhältnissen wegn der niedrigen Tariflöhne der Bauhandwerker weniger kosten.

Die neue Reichshauptstadt könnte an einer der Hauptverkehrsachsen Mitteldeutschlands — vielleicht in Thüringen — liegen. In landschaftlich schöner, gesunder Lage, womöglich auf einem hügeligen Gelände, das dem Städtebauer reizvolle Aufgaben bietet. Die neue Stadt sollte nicht nur dem praktischen Zwecke dienen, der neuen Reichsregierung die denkbar besten Arbeitsbedingungen zu geben, sondern sie müßte in ihrem ganzen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbau möglichst vollkommen die Ziele verwirklichen, die wir den deutschen Fortschritt in dem neuen Deutschland leben und weiter in der künftigen Orten aus mancherlei Gründen nicht vollkommen werden in Wirklichkeit umsetzen können.

Allerhand Zeitgenossen.

Von Lorenz Kjerbüll-Petersen. (Motto: Den's judt, der frakte sich!)

2. Dr. Quassel, der Philosoph für die Welt.

Wenn ich mir heute meinen Freund Dr. Quassel aufs Korn nehme, so will ich zunächst bemerken, daß ich dabei nicht diesen oder jenen im Auge habe, sondern einen Typ, wie er so ziemlich in jeder deutschen Stadt, von Kiel bis Konstanz, von Königsberg bis Köln, vertreten ist. In allererster Reihenfolge aber wird er in den Anpflanzungen von Berlin W. gezeichnet, dort, wo der deutsche Geist in der tropischen Fieberhölle einer pervertierten Ueberkultur seine erotischen Blüten treibt. Dort also wollen wir ihn pflanzen!

Um gleich am Anfang zu beginnen, sei ausdrücklich festgestellt, daß auch Dr. Quassel nicht vom Himmel gefallen, noch wie Pallas Athene die Göttin der Weisheit, gepanzert und gerüstet mit den Waffen des Geistes, aus dem Haupte des Allerhöchsten Zeus herausgesprungen ist. So unbedeuten ist selbst Dr. Quassel nicht; er verdammt die von Anfang an jedes Wunder und begünstigt sich damit, auf natürliche Weise ins Leben zu treten. Auch er wurde erzeugt und geboren. Fragt sich nur, von wem.

Heil dem ehrlichen Handwerk! Es nährt seinen Mann, dazu die Frau und entbehrt die Kinder der Arbeit, so man's recht betreibt!

Vor 35 Jahren machten Vater und Mutter Quassel im Norden von Berlin einen Weggeraden auf. Er hatte nichts, sie hatte nichts — also war das gemeinsame Vermögen nicht beträchtlich. Aber mit Gottvertrauen und etwas Willigkeit, mit Güten und Gedärm läßt sich's erträglich murkeln.

Nach fünf Jahren trug Vater Quassel stets eine saubere Schürze und Mutter Quassel fünf wichtige oedene Ringe mit herrlichem Gestein an ihren dünn, weisrurartigen Fingern, und unter dem Herzen — ach Gott, ach Gott! — ein Kind!

Das Kind ward Elmar genannt, Elmar Quassel, und es wuchs und gedieh. Als das Kind fünf Jahre alt war, hatten seine Eltern einen Abonnementplatz im Opernhaus, als es zehn Jahre alt war, siedelten sie nach Berlin W. in die

Lauenitzengegend über. — So lag denn Elmar Quassel die Kultur mit Volles Nachemlich in sich ein.

Selbstverständlich besuchte er das Gymnasium, die Universität. Wir haben's ja dazu! Selbstverständlich studierte er Kunstgeschichte; denn das kostet viel und bringt nichts ein, und aufs Geldverdienen durfte Elmar Quassel billigerweise verzichten, nachdem 23 Personen an dem Genuß der väterlichen Wurst verendet waren.

Als er 32 Jahre alt war, fuhr er nach München. Er unterbrach die Fahrt in Nürnberg, machte einen Wächter nach Erlangen, wo er geistig promovierte, um dann als neugeborener Dr. phil. weiter zu reisen.

Dr. Elmar Quassel brauchte nicht zu arbeiten, also tat er es auch nicht. Er vertrat den Standpunkt: „Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern arbeitet allenfalls, um zu leben.“ — So weichte sich denn Dr. Quassel einem stillen Müßiggang zu dem ihn seine Studien befähigten. Da er aber schließlich nicht ganz ohne Beschäftigung sein konnte, weil sein Verdauungsorganismus dagegen protestierte, machte er in Kultur, wie sein Vater selig in Wurst.

In Berlin W. findet jeder, der Geld hat und Klame macht, eine Gemeinde. — Gemeinde ist ein Fremdwort; auf deutsch heißt man dafür Clione. — In dieser Gemeinde redete Dr. Quassel über Kunst, Literatur, Theater, Weltanschauungsfragen u. u., wie es gerade traf.

Wie gelangt er redete. Der Wissenschaftler denkt, der Künstler schafft, der Politiker handelt — Dr. Quassel redet — sein Ziel ist sein Stil. Wer etwas zu sagen hat, der scheidet seinen Stil von ungefähr; er spricht und ihr: einfach und verständlich. Das Merkmal seines Stils ist Wort, hartnäckige Präzision, Knappheit und Prägnanz, und da er eine Persönlichkeit ist, ist auch sein Stil von selbst persönlich, ohne daß er mit Mädchen zu operieren braucht.

Anders ist's bei Dr. Quassel. Seine Amorata haust die logische Klarheit, wie eine Gule des Tageslichts. Darum liegt über seinen Worten eine rätselhaftere Dunkelheit, sinnlos, das Denken einleitend, in Aristoteles' Schall. Sein Gehirn ist wie der Wurzelsel seines Vaters selig; natürlich ist er Gelehrter wie alle Menschen, die selbst nichts sind. Alle großen und kleinen Geister aller Länder und Zeiten, alle Kulturen, so wie Dr. Quassel sie begreift, braden im Herzen

keiner seines Gehirns durcheinander und vermengen sich zu einem Ragout, das kein Mensch definieren, weit weniger genießen kann.

Von großen Erlebnissen ist Dr. Quassel glücklich verstoßen geblieben; dafür ist sein leiblicher Apperzeptionsapparat derart beschaffen, daß ihm jede Kleinigkeit zum Erlebnis wird. Das Gucken eines Fisches wird zu einem kosmischen Ereignis, ein flüchtiger Zahnarzt wird zur Passion, eine leise Uebelkeit hat den tiefsten Weltkummer zur Folge.

Auch äußerlich verhält Dr. Quassel nichts vom bedeutenden Mann. Sein Gesicht ist so blanket und ausdruckslos, wie die Gesichter in Berlin W. und ähnlichen Weltens nur einmal sind. Daran mag selbst der fleißig benutzte Stimmklist nichts zu ändern, mag er auch noch so viele Charakterfalten und melancholische Schatten hineinzaubern.

Dr. Quassel erkennt keine geistige Autorität an, dafür beugt er sich, und zwar bedingungslos, der öffentlichen Meinung. Das hindert nicht, daß er zu Zeiten Opposition macht. Er ist ja so schlau, der Dr. Quassel; er kennt seine Leute. Etwas vom Geistesgröße seines Vaters selig ist auch auf ihn übergegangen. Geld verdienen will er nicht, braucht er ja auch nicht; das haben andere für ihn besorgt. Aber er will Applaus, will seinen Namen in den Zeitungen und an den Anschlagtafeln lesen, sein Bild in den Schaufenstern sehen. Er will populär sein, koste es, was es wolle — wir haben's ja dazu!

Nach Ausbruch der Revolution lernte auch Dr. Quassel in aller Eile um, was für einen Gelehrten kein Kunststück ist. Mit Kunst, Literatur, Philosophie u. u. war nichts mehr zu machen, also machte Dr. Quassel in dem einzigen zurzeit amüsbaren Artikel: in Politik, wovon er gerade so viel versteht wie von dem andern. Und da plötzlich Sozialismus die große Mode geworden war, wurde auch Dr. Quassel Sozialist. Man muß halt die Zeichen der Zeit erkennen!

Nur immer modern sein! Auf den Charakter kommt es wirklich nicht an! Wenn nur die Vögelchen in labeller Ordnung ist, wenn nur der Strohregen in blinder Weise und Güte erstrahlt, wenn nur geredet wird, mag alles Unsinn, Dreck und Schwindel sein!

(Es lehrt der große Wurzelsel!) Es lebe die Kultur! Es lebe Dr. Quassel! — Dreimal hoch, hurra! —



Aus den... Wie verla... herigen A... oben... fischer... der „P... liner W... zieller... Tagen ha... nammig... halten. A... Gehalt v... weiter, v... einen Gp... lich gema...

Die S... dagegen, i... einzelnen... Wie wir... bare W... lner Pol... weiter im... fäuntes... tion auf... zurlufen... Zusammen... revolution... ein Wlin... stongrefe... men und... leg erhob...

- 1. So... 2. En... 3. Die... 4. W... 5. W... 6. G... die...

Berl... der revol... Er veröff... geossen i... alle auf... „Vorwärts... icht würd... telegraph... bringen... treuer F... Weise der... Schuplat... regierung... idiossen n... mit Hamb...

W... im Reich... rühen W... franten i... für und i... gebungen... hen mit... Kopf an s... bunden u... Stillstand... Gich o... Die fkn... der er u... handeln k... Kabrifen... Seite fies... Schiedmen... heiben fa... bis die M... Welt gene...

Veri... nachmitta... bundes be... Verl... knstlei ein... teiligung... Soldaten... mit allen... und dem... Döbrfoma... Volksbeur... merden mi... Stadtkirch...

Nürnb... kurier“ e... wurde ein... breitet, o... Fournen, o... dem Reich... Es heißt d... len nicht... Tuarodie 1...

Blutige Ausschreitungen der Spartakusleute in Berlin.

Aus Berlin kommen Nachrichten über schwere Ausschreitungen der Spartakusleute und blutige Zusammenstöße. Wie verlautet, hat die preussische Regierung den bisherigen Polizeipräsidenten Eichhorn seines Amtes entsetzt. Es werden ihm nämlich Beziehungen zu den russischen Volkshewisten vorgeworfen. Wie der „Vorwärts“ aus sicherer Quelle erfährt, bestanden Beziehungen zwischen der „Petersburger Telegraphenagentur“ und dem Berliner Polizeipräsidenten, zum mindesten in finanzieller Beziehung. Erst in den allerletzten Tagen habe Polizeipräsident Eichhorn von der „Koska“, wie unumwunden heißt, 14 000 M in einem Einzahlungsbrief erhalten. Offenbar bezog Eichhorn, sagt der „Vorwärts“, sein Gehalt von der russischen Telegraphenagentur unerlaubt weiter im Amt. Die „Koska“, das Organ des Spartakusbundes, fordert heute wieder zu einer Massendemonstration auf. Es wird damit gerechnet, daß die Spartakusleute versuchen werden, die Regierung zu stürzen und daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Wie wir hören, haben die revolutionären Berliner Arbeiter und Soldaten der Regierung ein Ultimatum gestellt, sofort zu folgenden Beschlüssen des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung zu nehmen und diese von den Arbeiter- und Soldatenräten zum Gesetz erlassenen Beschlüsse sofort in Kraft treten zu lassen:

1. Sofortige Entlassung aller Offiziere.
2. Entfernung der Rangabzeichen.
3. Die deutsche Kommandogewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.
4. Wahl der Führer durch die Mannschaften.
5. Vollige Auflösung der alten Armee, sofortige Entlassung aller reaktionärer Sonderformationen und Einführung einer bürgerlichen Volkswehr.
6. Gegen Kriegsministerium und Armeeoberkommando, die die vom Kongreß gegebenen Befehle für null und nichtig erklären, ist sofort Stellung zu nehmen.

Berlin, 6. Jan. (Privattelegramm.) Der „Vorwärts“ ist heute früh in seiner Morgenausgabe als Organ der revolutionären Arbeiterkraft von Gopberlin erschienen. Er veröffentlicht einen Aufruf, der die Arbeiter und Parteigenossen zu einer Demonstration um 11 Uhr in der Siegesallee auffordert. Während des gestrigen Abends, als der „Vorwärts“ und die demokratischen Zeitungsredaktionen besetzt wurden, versuchten die Spartakusleute, auch das Haupttelegraphenamt und das Fernsprechamt in ihre Gewalt zu bringen. Dieser Versuch ist an dem Widerstand regierungstreuer Truppen gescheitert. Das WZ., das ebenfalls im Besitze der Spartakusanhänger ist, war heute morgen der Schauplatz eines Kampfes zwischen den Spartakusleuten und regierungstreuen Truppen. Die regierungstreuen Truppen schossen mit Maschinengewehren, die Spartakusanhänger warfen mit Handgranaten.

Berlin, 6. Jan. Das Berliner Straßenbild sieht im Zeichen der gewaltigen Demonstrationen. Bereits am frühen Morgen versammelten sich Zehntausende von Demonstranten in der Siegesallee und Unter den Linden, um teils für und teils gegen die Regierung Ober-Scheidemann Kundgebungen zu veranstalten. Im Zeitungsviertel sind die Straßen militärisch besetzt. Auf dem Alexanderplatz drängt sich Kopf an Kopf. Der Straßenverkehr ist fast gänzlich unterbrochen und der Stadtbahnverkehr scheint vor dem völligen Stillstande zu stehen. Im Augenblick ist der Polizeipräsident Eichhorn Herr der Situation. Gegen Mittag erschien Liebknecht in der Siegesallee und hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Jetzt ist der Augenblick gekommen, daß wir handeln können, aber Vorsicht ist geboten. Geht nicht in die Fabriken zurück. Die Berliner Truppen werden auf unserer Seite stehen. Es ist Tatsache, daß die Regierung Ober-Scheidemann auch vom Berliner Gesichtspunkte aus nicht mehr schreiben kann. Es gibt keine Ruhe, bis unser Ziel erreicht ist, bis die Regierung Ober-Scheidemann zum Abscheu der ganzen Welt geworden ist.

Berlin, 7. Jan. Das Haupttelegraphenamt ist gestern nachmittags gegen 3 Uhr von den Anhängern des Spartakusbundes besetzt worden.

Berlin, 6. Jan. Heute mittags fand in der Reichskanzlei ein Ariensrat der Volksbeauftragten statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Regierung beschloß, sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln einzugreifen und dem Treiben der Spartakisten ein Ende zu machen. Zum Oberkommandierenden der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die Regierungstruppen werden mittels Kraftautomobilen von allen Stadtteilen in das Stadlinnere befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei zu sammeln werden. Im Innern der Stadt ist den Passanten die Meinung erteilt worden, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen sein. Die Regierung hat es abgelehnt, mit den Spartakusleuten zu verhandeln. Die beiden Parteien stehen sich in der Wilhelmstraße in hundert Meter Entfernung kampfbereit gegenüber.

München, 6. Jan. (Privatmeldung.) Der „Fränkische Kurier“ erzählt aus Berlin: Heute vormittag 9 Uhr wurde ein Flugblatt der sozialistischen Mehrheitspartei verbreitet, worin diese ihre Anhänger, Arbeiter, Bürger und Bauern, auffordert, die Arbeit zu verlassen und sofort nach dem Regierungsgebäude in der Wilhelmstraße zu kommen. Es heißt darin: Unsere Geduld ist jetzt zu Ende. Wir wollen nicht länger von Aristokraten terrorisiert werden, denn Anarchie und Sack würden die Folge sein. Nur mit strengen

bereits große Massen nach der Wilhelmstraße. In der 10. Morgenstunde bewegten sich von verschiedenen Fabriken aus Demonstrationen, die nach der Wilhelmstraße zum Reichskanzlerpalais zogen. Gleichzeitig bewegten sich Jünger der Unabhängigen und der Spartakusleute nach der Siegesallee, in der gleichfalls ein gewaltiger Demonstrationsszug gebildet wird. Kurz nach halb 11 Uhr erschien an einem Fenster des Erdgeschosses im Reichskanzlerpalais Scheidemann, von der Volksmenge jubelnd begrüßt. Er hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Man ist des Treibens der Spartakusleute müde. Man kann den Terror nicht länger mehr ansehen. Die Gefahren, denen das deutsche Volk ausgesetzt ist, von innen vor allem, aber von außen durch die feine Exzessivität, die sich über das Land breitet, sind riesengroß. Die Regierung ist fest entschlossen, nunmehr Ordnung zu schaffen. Sie fordert alle Soldaten auf, sich bewaffnen zu lassen, um den inneren und den äußeren Feind zu bekämpfen. Weiterhin mögen sich alle Offiziere in die Reichskanzlei begeben, um dort Anweisungen für die weitere Fortentwicklung entgegenzunehmen und sie dann den ihnen angehörenden Gruppen zu übermitteln. Alle Soldaten müssen in die vorderste Linie kommen, damit sie zunächst bewaffnet werden und so Widerstand leisten können. Scheidemann schloß mit einem Hoch auf die freie deutsche Republik, in das die Menge begeistert einstimmt und das kein Ende nehmen wollte.

Berlin, 7. Jan. Gestern in den späten Abendstunden liefen noch einige ergänzende Nachrichten ein. Die „Germania“ meldet, daß die Anhänger der Spartakusgruppe die Spandauer Waffen- und Munitionsdepots gestürmt hätten und an ihre Anhänger Waffen verteilt hätten. Wie in den Nachmittagsstunden wurde auch in den Abendstunden in den Straßen geschossen und mit Handgranaten geworfen. Ueber die Zahl der Verletzten und Toten ist bisher nichts bekannt geworden. Das Regierungsblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, meldet, daß bisher nicht nur die großen Berliner Verlage und der „Vorwärts“ besetzt wurden, sondern daß man sogar in Privatwohnungen eingedrungen ist, und dort großen Unrat verübt hat. Die Privatwohnung des neuen Polizeipräsidenten, Eugen Ernst, sei gestürmt und besetzt worden. Spartakusleute und Unabhängige wurden in der Umgebung des Alexanderplatzes in Besessene und Unberessene getrieben. Nur Bewaffnete und Munitionsträger durften nach dem Alexanderplatz ziehen. Die weniger erziehbaren Blätter beschränken sich auf allgemeine Schilderungen der gestrigen Vorgänge. Die „Tägliche Rundschau“ nimmt kritisch Stellung und spricht von dem großen Tölpeltum an der Spitze. Berlin werde jetzt mit jedem Tage mehr das Irrenhaus Deutschlands.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ faßt, daß wir in den Tagen der Entscheidung leben. Alles müsse Zeit haben, und dem Terror solle nicht mehr zugehört werden. Die Zeit der Verhandlungen und Demonstrationen müsse vorbei sein. Gegen Machtmittel müssen Machtmittel gesetzt werden. Sinder der Regierung stehen die Massen. Das haben die gestrigen Kundgebungen erneut bewiesen. Aber die Regierung müsse nun auch wollen. Die Regierung müsse auch bereit sein, alle Mittel anzuwenden. Es gebe nicht an, daß eine zu allem fähige Minderheit in Berlin die tatsächliche Macht ausübe. Die gegenwärtigen Zustände in Berlin seien unhaltbar. Diese müßten beseitigt werden, wenn die Regierung freie Bahn haben wolle. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Massen wollen nicht den offenen Kampf, sondern sie wollen Ruhe Ordnung und Frieden und müßten alles niederkämpfen, was dies verhindert. Nicht Anarchie, sondern Anarchie, Anarchie in einer Gestalt, die jede weitere Möglichkeit des Terrors breche.

Es fließt Blut.

Berlin, 7. Jan. Nach Schluß der Demonstration in der Wilhelmstraße kam es gestern in den frühen Nachmittagsstunden zu einem ersten Kampf zwischen den Spartakusleuten und den Volkssoldaten. Durch die Menschenmenge kam es zu einem schwergepanzerten Automobil, das von Spartakusleuten besetzt wurde, den Weg zum Reichskanzlerhaus. Die Besetzung des Reichskanzlerhauses griff das Panzerautomobil mit Handgranaten an. Auf Seiten der Spartakusleute soll es zahlreiche Tote geben haben. Die Besetzung des Reichskanzlerhauses hatte aber nur einen Mann verloren. Einzelheiten sind aber noch nicht festzustellen.

Berlin, 6. Jan. Gegen 2 1/2 Uhr kam es auf dem Wilhelmplatz bei dem Kaiserhof zu einem Zusammenstoß, bei dem schwere Schüsse fielen, woraus die Menge flüchtete. Es sind 1 Toter und 8 Verwundete festzustellen. Die in Sanitätsautomobilen abgeholt wurden. Nach den Berichten von Augenzeugen soll der Zusammenstoß dadurch entstanden sein, daß sich von den bewaffneten Demonstranten der Unabhängigen vor dem Kaiserhof plötzlich eine Gruppe abweigte und mit erhabenen Gewehren und Revolvern auf die dort versammelten Mehrheitssozialisten einbrach. Von den Unabhängigen wurde eine Handgranate geworfen, wodurch ein Revolver zertrümmert wurde. Das „8 Uhr-Abendblatt“ meldet: Heute nachmittags gegen halb 5 Uhr kam es an der Kanzlerstraße zu einer kurzen Schießerei, wo sich bewaffnete Spartakusanhänger versammelt hatten. In gleicher Zeit kam ein Zug von etwa 500 Regierungstruppen die Linden entlang. Sie wollten zum Reichskanzlerpalais ziehen, um sich dort Waffen zu holen. Wie sie behaupten, wurden sie plötzlich mit Gewehrschüssen angegriffen. In dem entscheidenden Augenblicke konnte nicht festgestellt werden, wie viele Verletzte die Schüsse zur Folge hatten.

Ein Aufruf des Zentralrates der A. und S. Räte.

Berlin, 6. Jan. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, der von der Reichskonferenz der A. und S. Räte eingesetzt worden war, erläßt folgenden Aufruf an alle A. und S. Räte in Deutschland: Der Kongreß aller A. und S. Räte Deutschlands hat uns, wie Euch bekannt ist, zu seinem Vollzugsorgan ernannt und uns seine Vollmacht übertragen. Wir haben in den ersten Wochen unserer Tätigkeit uns fast ausschließlich mit den zum Himmel schreienden Auswüchsen in Berlin beschäftigt, wo

eine kleine Minderheit, die gegen den allgemeinen Willen des Volkes, besonders auch der Berliner Bevölkerung, und gegen den ausgesprochenen Willen der Arbeiter und Soldaten ganz Deutschlands eine Gewalt Herrschaft zu errichten bestrebt ist. Das Verbrechen, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Banden hat uns genötigt, der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und die Rechtssicherheit, die unter dem freien Regime erst recht notwendig ist, wiederhergestellt werden kann. Alle Meinungsverschiedenheiten der Einzelnen müssen jetzt zurückgestellt werden hinter das Ziel, die schwer erkämpften Volksergebnisse zu schützen, einen Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze werktätige Volk vor neuem Unglück zu bewahren. Es ist die Pflicht aller A. und S. Räte, uns und die Reichsleitung dabei mit allen Mitteln zu unterstützen. Haltet das, was dazu erforderlich ist, bereit. Je einmütiger die Arbeiter und Soldaten Deutschlands und die von ihnen gewählten Räte sich zusammenschließen, desto rascher wird der Kampf nach dem Willen des Volkes entschieden. Die Zentralräte der deutschen sozialistischen Republik.

Graf von Hertling †.

München, 6. Jan. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und vormaliger Reichskanzler des Deutschen Reiches in der kaiserlichen Regierung, Graf von Hertling, ist am Samstagabend gegen 10 Uhr nach blutigem Krankenlager im Alter von 75 Jahren auf seinem Landhause in Ruhpolding in Oberbayern gestorben.

Mit dem Grafen Hertling ist einer der bedeutendsten Politiker und Staatsmänner der alten Zeit dahingegangen. Er war am 31. August 1843 in Darmstadt geboren, 1882 wurde er als ordentlicher Professor nach München berufen. Graf Hertling war von 1875 bis 1890 Mitglied des Reichstages, wo er in der Zentrumsfraktion eine führende Rolle spielte. 1896 wurde er bei einer Nachwahl im schwäbischen Wahlkreise Ulm und 1900 von neuem in den Reichstag gewählt. 1900 wurde ihm der Vorsitz der Zentrumsfraktion übertragen. Der bayerische Reichstagsrat gehörte er seit dem Jahre 1891 an. Im Februar 1917 berief ihn das Vertrauen des damaligen Prinzregenten Luitpold an die Spitze der bayerischen Regierung. Dieses Amt verließ er auf Wunsch des ehemaligen Kaisers Wilhelm, der ihn in jenen Jahren in der Spitze der Reichsleitung zum deutschen Reichskanzler berief. Nicht ganz ein Jahr, vom 20. Oktober 1917 bis 30. September 1918 leitete er das verantwortungsvolle Amt. Eine Würde für den 74-jährigen Prinz von Baden wurde als letzter Reichskanzler sein Nachfolger. Als Philologe hat der Verstorbenen eine Reihe von Schriften herausgegeben. Er gehörte 1876 mit zu den Begründern der Görres-Gesellschaft, deren Geschäft er seither leitete. Die Beisetzung der Leiche des Verstorbenen wird in München stattfinden.

Eduard Roosevelt †.

New-York, 6. Jan. Neuer. Der frühere Präsident Roosevelt ist infolge einer rheumatischen Erkrankung am Samstag früh gestorben.

Friedenskonferenz.

Bern, 6. Jan. „Home Libre“ behält die Eröffnung der Friedenskonferenz am 13. Januar, erklärt aber, alle Pariser Nachrichten über die Konferenz und die Zusammenkunft der einzelnen Delegationen für falsch.

Genf, 7. Jan. Am 14. Januar findet in Paris die Konferenz der vier verbündeten Großmächte statt, in welcher die Grundlagen für den Präliminarfrieden festgesetzt werden.

Englische Offiziere in deutschen Städten.

Berlin, 7. Jan. Das Ersuchen des englischen Vorkommandanten der Waffenstillstandskommission in Spa, englischen Offizieren den Besuch verlassener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Nahrungsmittelversorgung und die Ernährungsfragen zu studieren, wurde deutscherseits stattgegeben. Die britischen Offiziere werden die Städte Berlin, Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München und auch andere deutsche Orte besuchen.

Zentrumsflugblätter vom Kirchturn.

München, 6. Jan. Der Sturmwind trug gestern mittags Flugblätter der Zentrumspartei, die vom Turme der Frauenkirche herabgeworfen worden waren, bis zum Bismarckplatz, wo sich vor dem Ministerium des Inneren aus Anlaß eines Demonstrationsszuges der Kriegsverwundeten eine große Menschenmenge angelagert hatte. Die Flugblätter erreichten den Kern des Publikums. Eine große Anzahl von Zivilpersonen und Soldaten rottete sich zusammen und drang in die Frauenkirche ein. Als sich ein Teil der Besucher des Gottesdienstes den Eindringlingen entgegenstellte und sie von weiteren Übergriffen abhalten wollten, kam es in der Kirche zu Tätlichkeiten, wobei einige Kirchenbesucher verwundet wurden. Das Dampfarrant gibt bekannt, daß es zu einer heftigen Art von Flugblattverteilung keine Erlaubnis erteilt habe.

Aus der Partei.

Palmbach, 4. Jan. Die bestbesuchte aller Wählerversammlungen am 3. eiligen Orte war die von der Sozialdemokratie auf dem Samstag einberufenen. Es waren auch wohl viele Soldaten anwesend. Genosse Eisele-Karlruhe sprach über die Revolution und Nationalstaaten und erteilte mit seinen 14-tägigen Ausführungen großen Beifall. In der Diskussion sprach ein Offizier von der hier einquartierten Artillerie. Er tadelt u. a. die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, die zum Nichtstun reizt, dann legte er sich in das Gebiet des Antifemismus, forderte Befreiung der Juden aus führenden Kreisen und verlangte Massenpolitik, denn die Juden würden nicht zur deutschen Rasse gehören. Des weitern verteidigte er den Marxismus, unter dem sich die Soldaten recht wohl gefühlt hätten. Gen. Eisele widerlegte in seinem Schlusswort die Einwendungen des Offiziers; daß die Arbeiter gefesselt werden überaus harte Weisheit, der auf sie folgte. Auch in Palmbach geht es vorwärts und das Fundament ist gelegt, auf dem eine Volksrepublik und Parteiorganisation nächstens errichtet werden.

Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. Diez-Karlruhe.)

XXV.

Fortsetzung des Entwurfsentwurfes.

V.

Staatsministerium.

Zusammensetzung, Berufung und Abberufung, Zuständigkeit, Verantwortlichkeit.

§ 60.

Das nach § 7 Abs. 3 und 4 zu berufende Staatsministerium besteht aus 7 Mitgliedern.

Die Berufung durch den Landtag erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in der Weise, daß alle Parteien oder Gruppen von Abgeordneten, welche allein oder zusammen mindestens 1/3 der Landtagsstimmen umfassen, für jedes volle 1/3 je ein Mitglied des Staatsministeriums benennen.

Unter den so benannten 7 Mitgliedern verteilt der Landtag mit absoluter Stimmenmehrheit die nach dem Staatsvoranschlag vorgezeichneten Ministerien und Ministerialabteilungen und bestimmt insbesondere, welches Mitglied den Vorsitz im Staatsministerium zu führen hat, und dessen Stellvertreter.

Macht eine Partei oder Abgeordnetengruppe von ihrem Benennungsrecht keinen Gebrauch oder lehnt ein Benannter die Übernahme des ihm übertragenen Ministeriums ab, so erfolgt die Ernennung des hiernach fehlenden Mitgliedes des Staatsministeriums durch den Landtag mit absoluter Stimmenmehrheit.

bleibt bei Ausübung des Benennungsrechtes infolge des Stimmenverhältnisses der Parteien oder Gruppen von Abgeordneten ein Ministerposten unbenannt, so bezieht ihn der Landtag mit absoluter Stimmenmehrheit. Bleiben mehrere Posten unbenannt, so fallen diese den zunächst unberücksichtigt gebliebenen Parteien oder Gruppen von Abgeordneten nach ihrer relativen Stimmenmehrheit zu. Die bei Ausübung des Benennungsrechtes unberücksichtigt gebliebenen überhörenden Stimmen („Spitzen“) haben hierbei ebenfalls Anspruch auf relative Berücksichtigung. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los darüber, welcher Partei oder Abgeordnetengruppe das Benennungsrecht zusteht.

Der Landtag kann jederzeit die sämtlichen Mitglieder des Staatsministeriums oder einzelne von ihnen mit absoluter Stimmenmehrheit abberufen.

Für die Wiederbesetzung der durch die Abberufung oder auf andere Weise freigewordenen Stellen finden die oben gegebenen Vorschriften über die erstmalige Berufung des Staatsministeriums entsprechende Anwendung unter Aufrechterhaltung des Benennungsrechtes für den Erbsmann während der Dauer der Landtagsperiode.

Nach jeder Neuwahl des Landtags findet unmittelbar nach dem Zusammentritt des Landtags eine Gesamterneuerung des Staatsministeriums statt (vgl. § 47 Abs. 2). Die bisherigen Mitglieder sind wieder wählbar.

Auf die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Staatsministeriums durch das Volk nach § 7 Abs. 4 finden diese Grundzüge entsprechende Anwendung.

Ebenso finden dieselben entsprechende Anwendung, wenn sich nach § 61 die Zahl der Minister ändert.

§ 61.

Die den nach § 60 bestellten 7 Mitgliedern des Staatsministeriums zugewiesenen und im Staatsvoranschlag vorgezeichneten 7 Ministerien sind die Ministerien

- des Innern,
- der Finanzen,
- des Innern,
- der Justiz,
- des Kultus und Unterrichts,
- der öffentlichen Arbeiten und des Verkehrswezens,
- der sozialen Fürsorge.

Bei diesen Ministerien bestehen besondere Abteilungen für

- Arbeiterangelegenheiten,
- Ernährungswezen,
- Forstwirtschaft,
- Gesundheitswezen und soziale Hygiene,
- Gewerbe und Handel,
- Landwirtschaft,
- Militärwesen,
- Ueberleitungswirtschaft,
- Wohnungswezen.

Darüber, welchen der 7 Ministerien diese Angelegenheiten zugewiesen sind, beschließt der Landtag gleichzeitig mit der Aufstellung der 7 Minister.

Der Landtag kann jederzeit einzelne Ministerien oder Ministerialabteilungen aufheben oder neue bestellen.

Für die Aufhebung oder Neubestellung von Ministerien bedarf es der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Beschlußfassung.

§ 62.

Das Amt eines Mitgliedes des Staatsministeriums ist unvereinbar mit einer anderen fest besetzten Stelle und der Ausübung eines besonderen Berufes oder Gewerbes.

Die Mitglieder des Staatsministeriums haben weder Anspruch auf Ruhegehalt noch auf Hinterbliebenenversorgung, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes durch Gesetz bestimmt ist. Soweit sie vor ihrer Berufung zum Mitglied des Staatsministeriums in ihrer Stellung einen solchen Anspruch hatten, bleibt ihnen dieser im bisherigen Umfang gewahrt, und es wird ihre Amtszeit im Staatsministerium in dieser Beziehung ihrer bisherigen Dienstzeit hinzugerechnet.

§ 63.

Die Mitglieder des Staatsministeriums beraten und entscheiden in kollegialer Form mit absoluter Mehrheit. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und vertritt das Kollegium nach außen.

§ 64.

Dem Staatsministerium steht die Handhabung der Vollziehungsgewalt und Verwaltung (die „Regierung“), soweit nicht der Landtag die Volksgemeinschaft anderes bestimmt, in vollem Umfange zu, insbesondere auch die Ausführung und Verkündung der Landesgesetze und die Ueberwach-

ung der Ausführung derselben, und die Vertretung des Staates nach außen.

Alle Staatsverträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gesetzesform nach § 55.

Die Anordnungen und Verfügungen des Staatsministeriums werden im Namen des badischen Volkes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterzeichnung durch die Mehrheit der Staatsminister einschließlich des Präsidenten, welche dadurch die Verantwortlichkeit übernehmen.

Das Staatsministerium erläßt auch solche, ihrer Natur nach zur Beschlußfassung des Landtags gehörige, aber durch das Staatswohl dringend gebotene Verordnungen, deren vorübergehender Zwang durch jede Verzögerung bereitet werden würde. (Notgesetze.)

§ 65.

Die Verkündung der Gesetze und Verordnungen erfolgt in dem „Gesetz- und Verordnungsblatt“. Sofern in dem verkündeten Gesetz oder der Verordnung nicht ein anderer Anfangstermin der verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt dieses mit dem siebten Tage nach Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Gesetzes- und Verordnungsblattes in Karlsruhe ausgegeben worden ist.

§ 66.

Das Staatsministerium ernennt die Landesbeamten, soweit dieselben nicht unmittelbar von dem Volke gewählt oder von dem Landtag bestellt werden, und verfügt erforderlichenfalls die Entlassung der von ihm Ernannten, vorbehaltlich der näheren Regelung durch das Beamtengesetz gemäß § 11 dieser Verfassung.

§ 67.

Die Staatsminister und sämtliche Beamten sind für die genaue Befolgung der Verfassung verantwortlich und haftbar.

Heeresgut ist Reichsgut Gib heraus, was nicht dir gehört.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstrasse 66.

Baden.

Die Beamtengewerkschaften.

Vor der Revolution stand der Beamte zu dem Gebilde, das man Staat nannte, das aber in Wirklichkeit mit dem Begriff Staat nur sehr wenig und nur sehr äußerliches gemein hatte, in einem Abhängigkeitsverhältnis, das mit dem Worte „absolut“ fast noch zu schwach gekennzeichnet ist. Dies absolute Abhängigkeitsverhältnis ist dahin, vom Sturm der sich überwälzenden Ereignisse der 2. Novemberwoche weggesegt. Daran ändern auch die wackelnden Ministerialrats- und Geheimratsposten nichts, die in den oberen Behörden noch ihr ein gerüttelt Maß von Unwillkür bewahrendes Untertanentum treiben. Heute sind die Beamten in ein anderes Verhältnis übergetreten: in das des Geistesarbeiters zum Volkstaat. Vielen mag dieser Uebertritt schwer geworden sein. Zuvor devoter Fürstendiener und nun „Arbeiter“ in vielerlei nicht mehr so geübter, früher manchmal mehr einer Einnur als einem Amt gehörenden Position. Vor der Revolution zur geistigen Aneignung verdammt, war ihm doch Garantie gegeben, zu Würden zu kommen, wenn auch bei schmalen, jährlich schmalen Einkommen, sofern er sich dem kaudinischen Joch der Enthaltung jeglicher eigenen Meinung befehligte. Nunmehr aber steht der Beamte als freier Mann mit dem Rechte freier Meinungsäußerung einem Arbeitgeber gegenüber, der ihn nicht mehr nach seiner Fähigkeit, sich willenlos freuten und zu Pöden einer kapitalistischen Oligarchie mißbrauchen zu lassen beurteilt, sondern nach den Leistungen zu Nutz der Allgemeinheit in einem Verus beurteilt. Die gelobte Sicherheit einerseits und das Recht der Eigenwertung und politische Selbstbestimmung andererseits nötigen die Beamten zur Organisation von der untersten bis zur obersten Stufe. Das ist für sie Lebensnotwendigkeit. Unterlassen die Beamten dieses Selbstorganisieren, so begeben sie sich des Einflusses auf die Zusammenfassung der jeweiligen parlamentarischen Regierung.

Es entsteht nun die Frage, wie müßte diese Organisation beschaffen sein, um wirksam in die Speichen des Regierungswagens zu greifen? Darauf gibt es nur eine Antwort und die lautet: die Organisation der Beamten muß gerade wie die der Arbeiter, die ja auch nicht anders als Arbeiter, Arbeiter mit dem Gehirn sind, auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut sein. Es gibt heute Politiker, die meinen, (und sie sprechen es auch aus), daß „nur Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte die Politik zu machen haben; die Beamten werden nur benötigt ob ihrer Fachkenntnisse. Sollten solche Anschauungen Platz greifen, so bedürfen sie nichts anderes als eine Ausschaltung des Beamtenraums. Was jetzt an Beamteneverbänden vorhanden ist, bedeutet jedoch so recht eigentlich nichts weiteres als eine bessere Vereinbarmeierlei. Um der Ausschaltung aus dem Weg zu gehen, werden die Beamten gezwungen sein, eben diesen ihren Vereinsmeierstandpunkt aufzugeben. In Baden hat die Not der Zeit und die Zeit der Not die Aufgabe dieses Standpunktes schon eine Weile den Beamten aufgedrückt. Geradezu unheimlich war es, wie viele Beamtenevereine sich nutzlos abmühten, ihre Verhältnisse zu bessern. Aber viel mehr erreichen auch die auf bürgerlichem Boden stehenden münnehrigen Beamteneverbände und Vereinigungen nicht. Aber ihr Tun und Treiben war angebracht zu den Zeiten, wo man in tiefer Ehrfurcht und unterwürfigstem Gehoriam vor „Höheren, Höchsten und Allerhöchsten“ erstarb. Es war angebracht damals, wo man sich eine Laufbahn erdlichen und erfrischen, wo man die Stufen der langen Leiter, die zu irgend einem Würdeposten hinaufführte, unter Selbstentnennung und Dingobehaltung des Persönlichkeitswertes erklimmen mußte. Sind heute auch die Höchsten und Allerhöchsten abgetan, ganz den dezenten Teilnehmergeist konnten die Beamten nach nicht ablernen, können auch nie, solange sie sich der bürgerlichen Denkweise hinhängen, wie sie in den Verbandvereinigungen an der Tagesordnung sind. Wollen sie vor der Verumdung bewahrt bleiben, müssen sie sich einer innerlichen Umwandlung unterziehen. Der

Geist, der in den Arbeitergewerkschaften herrscht muß in die Beamtenschaft eingeblen. Es müssen sich richtige Beamtengewerkschaften bilden. In Zukunft muß die Beamtenschaft nach Ministerien und Gewerkschaften eingeteilt sein. Dann wird es heißen: Die Gewerkschaft der Lehrer (gleichgültig, ob seminaristischer oder akademischer Herkunft), die Gewerkschaft der Justizbeamten, die der Finanz-, Verkehrsbeamten, ferner die der Kreis-, Gemeinde- (sogar der Privat-) Beamten. Diesen Gewerkschaften, die am Orte kartelliert sind, steht die Gewerkschaft der Beamtengewerkschaft, ein Zentralverband der badischen Beamtengewerkschaften vor, bestehend aus gewählten Beamten, die hauptsächlich bei der Gewerkschaft angestellt sind. Die Beamteneorderungen werden der Regierung vom Zentralverband überreicht, und der Gesamtheit der Stimmen der badischen Beamten gebekt. Damit ist einer Vertretung der Beamteneinstimmen in den verschiedenen politischen Parteien vorgebeugt und unmöglich gemacht, daß gewisse Parteien mit unläuteren Mitteln und zu noch unläuteren Zwecken (Zentrum: „die Religion ist in Gefahr“) die Stimmen der Denksamen und Oberflächlichen unter der Beamtenschaft kaufen kann. Denn, mit der Zentralverband, so hat der einzelne Beamte keine Stimme nach dessen Parole abzugeben, was für eine Stimme das in 99 von 100 Fällen sein wird, sein muß, weiß jeder, der in das Geirische der Politik eingeweiht. Die einzige Partei, die die wirkliche vorhandene Notlage der Beamten (nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht) erkennt und sie zum Wohle des Beamten nicht wie andere Parteien zu Parteieigenen ändern, bessern will, ist die sozialdemokratische. Das haben bis jetzt die sozialdemokratischen Lehrer erkannt. Es ist Ausblick, daß auch andere Beamtengruppen das einsehen und es sind Anträge vorhanden, daß auch innerhalb dieser Gruppen ein Zusammenfluß der sozialistisch gesinnten Glieder statthaben wird, der zu einer gewerkschaftlich organisierten Beamtenschaft führt. Zum Heile der Beamtenschaft und zum Wohle des Volkes.
H. W.

Landesversammlung der Badischen Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte. Der Landesverband der Badischen Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte teilt uns mit: Die politische Lage, wie sie sich durch die Wahlen zur badischen Nationalversammlung ergeben hat, hat den Eiferausbruch der Arbeiter- und Soldatenräte Badens und der Landesversammlung der Soldatenräte veranlaßt, auf nächsten Freitag, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr, nach Durach eine gemeinsame Landesversammlung einzuberufen. Das Tagungslokal soll noch bekannt gegeben werden. In Anbetracht der Dringlichkeit wurden die einzelnen Räte aufgefordert, die Delegierten sofort zu wählen.

in Durach, 3. Jan. Ein „Erlaß“ auf Augustenberg. Bis der Geist der neuen Zeit hinauf nach Augustenberg kommt, muß anscheinend noch einige Zeit vergehen. Wenigstens geht aus einem uns bekannt gewordenen Erlaß hervor, daß man dort „oben“ noch nach dem alten Militärmuster zu arbeiten gedenkt. In diesem „Erlaß“ heißt es nämlich u. a.:

„Wir sind in letzter Zeit Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß einige des Personal es an der gebotenen Höflichkeit gegenüber den Beamten und Angestellten, insbesondere im Grünen, fehlen lassen. Zu erwarten, daß die Beamten und Angestellten jederzeit höflich und anständig begrüßt werden und ersuche, mir demjenigen zu melden, der sich in dieser Hinsicht Verstöße zu Schulden kommen läßt.“

Unterzeichnet ist dieser „Erlaß“ vom Herrn Anstaltsvorstand Max; es wird uns jedoch berichtet, daß der Erlaß mehr auf Drängen der Herren Beamten, die sich durch den „ungenügenden“ Respekt der Angestellten verletzt fühlten, als aus eigener Initiative von Herrn Max herausgekommen ist. Haben die Herren Beamten wirklich nichts anderes zu tun, als sich um solche „hochwichtige“ Dinge zu kümmern?

Neuenburg 6. Mailheim, 7. Jan. Auf dem Rhein zwischen Strahburg und Sünningen besetzten seit einigen Tagen französische Wachtposten. Die Besatzung besteht lt. Dreißig. Nacht, aus zehn Mann, die Bewachung aus einer Kanone und zehn Maschinengewehren. Jezt Schiffe sollen auf der genannten Strecke die Bewachung durchführen. Eine Ausdehnung der Bewachung bis zur holländischen Grenze sei vorgebeht.

Mannheim, 6. Jan. Der neunjährige Schüler Fritz Graf kam unter ein Ackenfuhrwerk und wurde überfahren und getötet.

Mannheim, 5. Jan. Unter dem Verdacht des Giftmordes wurde eine 33jährige Tagelöhnerin verhaftet. Sie soll verurteilt haben, ihr Stüßes Kind durch Gift auf die Seite zu schaffen.

Mannheim, 5. Jan. Auf einer Malzdarre in einer Malzmalzfabrik in Käraral brach durch Selbstentzündung von Haher Feuer aus, das auch weit darüber legende mit Gerste gefüllte weitere Darren in Brand setzte. Der Gebäude- und Hahensschaden wird auf 45 000 M. geschätzt.

Hippoldsau bei Walsch, 5. Jan. Die 10jährige Tochter des Straßenwärters Herrmann wurde von einem 13jährigen Volksschüler, der mit der Jagd eines Vaters spielte und die sich plötzlich entzünd, erschossen.

Sachsen bei Tübingen, 5. Jan. In einem Unfall von Schwemmet hat sich der 41 Jahre alte Kadant August Duffner über dem Wasserfall durch einen Sturz mit einem Militärdenkmalwehr das Leben genommen.

Wingstorf b. Konstanz, 7. Jan. Ein schweres Brandunglück hat sich im Hause des Postagens Kadermann ereignet. Als die Familie zu Tische saß, explodierte die Petroleumlampe und zwei Mädchen im Alter von 10 und 15 Jahren erlitten Lebensgefährliche Verbrennungen. Die Ursache der Explosion wird auf das elektrische Petroleum zurückzuführen sein.

Wassmühl (A. Vorberg), 5. Jan. Der 23jährige Anton Midenauer hatte im Gemeindevand mit mehreren Kameraden Fischen gefüllt. Von einem umfälligen Baume wurden vier Mann zu Boden geschleudert und kamen dann unter die Fische zu liegen. Zwei erlitten nur leichte Verletzungen, einer wurde schwer verletzt und Midenauer wurde mit zerstückeltem Schädel bewußtlos herabgezogen. Er starb am nächsten Morgen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Werkwürdige Verhältnisse. Aus Durach schreibt man uns: Am 24. Dezember 1918 begab ich mich ins Rathaus, um die Wählerliste nachzusehen. Der dortige Beamte, ein Herr F., zeigte mir die Liste und stellte fest, daß ich nicht eingetragen war; es wurden in meinem Wezen von meiner Familie sechs Personen notiert. Im Wahllokal erlebte ich nun die Freude, daß ich und die anderen fünf nicht wählen dürfen, weil wir nur auf einer Liste verzeichnet waren, amiert auf zwei Listen, wie es heißt. Mit dem Werten, wir könnten ja in 14 Tagen wählen, es ist eben ein Irrtum vorgekommen, wurden wir fortgeschickt. Ich meine vom 24. Dezember bis 6. Januar hätten die Herren gewiß Zeit gehabt, die Listen zu vergleichen. Als bin leider nicht der einzige, der vergessen wurde, mit der diesjährigen Steuer wurde ich nicht vergesessen, ob ich mit der Umlage vergessen wurde, wird sich zeigen. H.

Nr. 5.
Präsident
Vorläufige
räte erwä
ger- und
bert K r i
Men
für das
nden zu
haltung
ten für
Die
hängen
Verbreit
werden
fundamen
Lohn. I
und die
nicht zu
Anteilna
haben, d
haben,
machen.
in Die
auch je
nach mir
Kriegsge
Klagen.
wieder b
fürs Gf
Auch
von eine
werden z
Ehen, be
solte ein
Lehrber
den Dien
alle gem
Lage jell
Frau
Frauenau
Amalien
Rein
oon noch
einen gr
Zeitung
Keine L
Die
zur berf
3. Waf
schen vor
Badische
am
Don
im Begin
Sutritt z
Karls
Die W
Auf
verfassung
bember 19
des Waf
Jämliche
Als G
Karls
Der
Stä
Anfang

Kommunalpolitik.

Bruchsal, 5. Jan. Auf Grund der Verordnung der badischen vorläufigen Volksregierung über die Zusammensetzung der Stadträte erging die Stadtratswahl auf Vorschlag des Arbeiter-, Bürger- und Bauernrates durch Wahl Rudolf Grolla und Du-

Manneim, 5. Jan. Der Stadtrat hat den Theatervoranschlag für das Spieljahr 1919/20 der Theaterkommission mit dem Er-

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 7. Januar.

Die Dienstboten und die Lehrlinge.

Die Republik ist vollzogen. Alle bürgerlichen Parteien hängen den demokratischen Mantel um. Alle weitestgehend werden an den Ertragsarbeiten der Republik. Der Acht-

Auch die Lehrlinge im Kaufmannsberufe haben von einer Besserung ihrer Lage noch nichts verspürt. Sie werden zu allem verwendet und bekommen knapp Zeit zum

Frauenauschuss. Donnerstag abend 8 Uhr Sitzung des Frauenauschusses in der „Gold. Krone“ (Ede Douglas- und

Keine Schächtung brauchbarer Pferde. Um die Schächtung von noch brauchbaren Pferden zu verhindern, die in letzter Zeit

geschädelt werden dürfen, die nach dem Gutachten, der für die Erneuerung der Leichschau zuständigen Tierärzte nicht mehr arbeits-

Die Unterführung der Angehörigen Gefallener oder Vermisster. Angehörigen von Vermissten und Gefallenen außer den Wit-

Sebstmord. Eine Sänne derin aus Westfalen hat in einem Anfall geistiger Unmächigkeit in ihrer Wohnung in der

Zur Anzeige gelangte ein hiesiger Pferdewerter, weil er das Pfund Pferd, wurde zu 2 Mark verkauft, trotzdem der Höchstpreis

Verantwortlich: Für L. Harkfeld, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Wilhelm Krauß von Flehingen, Schuhmann hier, mit Ida Schwärz von Flehingen. Christian Burjer von hier, Lehramtspraktikant hier, mit Amalie Mayer von hier. Karl Kaiser

Heirat. Josef Gebel, geb. Holz von Gröningen. Bernhard Simmelbach von Lahr. Güterarbeiter hier, mit Anna Berner

Todesfälle. Josef Schläger, Tagelöhner, ledig, alt 28 Jahre. Clara Weber, alt 50 Jahre, Witwe von Jakob Weber, Mediziner.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

An die A., B., B.- u. S.-Räte Badens.

Die Wahl zur badischen Nationalversammlung liegt hinter uns. Eine reaktionäre Mehrheit, wie mancherorts befürchtet wurde, hat sie nicht gebracht. Es wird trotz des

Der Elferauschuss der Landesorganisation der A., B., B.-Räte und der Landesauschuss der Soldatenräte haben in ihrer

Eiderung der demokratischen Volksrepublik und ihrer Verfassung.

Durchführung der Wahlen zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreisversammlungen auf dem Boden des Wahlrechts

Inangriffnahme der Sozialisierung derjenigen Betriebe, bei welchen die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen.

Eiderung des Achtstundentages. Erziehung der heutigen Heeresorganisation durch ein

Diese Stellung der Organisationsleitungen wird den A., B., B.- und S.-Räten auf der am 10. Jan. 1919 in Durlach stattfindenden Landesversammlung zur Nachprüfung und

Karlsruhe, den 7. Januar 1919. Landeszentrale der A., B., B.- u. S.-Räte. Emil Maier. A. Kemmle.

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe

Vorteilhafte Seidenkonfektion.

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
Blusen . . .	34.75	39.75	45.—
Röcke . . .	63.75	85.—	95.—
Mäntel . . .	125.—	150.—	Jacken von
Kleider . . .	125.—	150.—	N 42.— an

Keine Ladenspesen.

Telephon 1846.

Grosse Auswahl.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung betr.

Die öffentliche Ermittlung des Ergebnisses der Wahlen zur verfassunggebenden badischen Nationalversammlung im 3. Wahlkreise findet gemäß § 10 der Verordnung der badischen

Donnerstag, den 9. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, im Bezirksratsaal des Bezirksamtes Karlsruhe statt. Der Zutritt zu dieser Versammlung steht jedermann offen.

Karlsruhe, den 5. Januar 1919. Der Wahlkommissar für den 3. Wahlkreis. Lab.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung betr.

Auf Grund des § 22 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1858) werden zu Bestürmern

1. Redakteur Franz Wähl,
2. Arzt Dr. Bernhard Knospberger,
3. Buchdrucker Wilhelm Hof,
4. Rechtsanwalt Dr. Richard Gönner

jämliche in Karlsruhe.

Als Stellvertreter werden berufen:

1. Maschinenmeister Georg Dietrich und
2. Lehrerin Alice Weid in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 3. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für den 33. Wahlkreis (Baden): Pfisterer.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 7. Januar 1919.

Dienstagsmiete Nr. 16

Tiefand.

Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten. Text nach A. Cammer von Radolf Lotthar.

Musik von Eugen d'Albert.

Anfang 7 Uhr.

Ende nach 9 Uhr.

Grundstücken.

Im IV. Vierteljahr wurden

Im Kellerraum der städt. Sparkasse: Ein 1. u. 2. Etage

Im Rathaus: 1 Regenschirm, 1 Paar Sandale, 1 Handtasche, 1 Notizbuch mit 1

Im städt. Angerhaus: 3 Geldbörsen mit Inhalt, 3 Paar Damenhandschuhe und 1 Pelz-

Die Empfangsberechtigten werden aufgefordert, ihre Rechte an den Grundstücken innerhalb drei Wochen beim städtischen Hauptverwalter — Rathaus, 11. Etage, Zimmer 75 — geltend zu machen, widrigenfalls das

Herren-Ülster

und Anzüge für Herrn von 18-20 Jahre, bill. g. abzugeben. Karlsruhe e 127, 5. Et., 11. Eingang Waldstraße. 376

Städtische Handelsschule.

Abteilung: Buchführung.

Am 13. Januar beginnen nachfolgende Tages- und Abend-

1. Fremdsprachen: Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch.
2. Kaufmännisches Rechnen.
3. Buchhaltung: Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene.
4. Briefwechsel, Handelskunde, Wechsel- und Schecklehre.
5. Schreiben, Rechtschreiben, deutsche und lateinische Schrift, Rundbrief.
6. Vermögensverwaltung: Firs-, Firszins- und Effektenrechnen, Pöfisches- und Banklehre.
7. Stenographie: Stenogramm- und Stenogramm- und Stenogramm-Abteilungen für Anfänger, Fortgeschrittene u. Redeschiff.
8. Maschinenzeichnen.

Kursdauer: Vom 13. Januar bis 12. April 1919. Gebühr: für einen Kurs mit 4 Wochenstunden sind für die

Zeit vom 13. Januar bis 12. April 1919 N 12.— bei der Anmeldung oder am 1. Unterrichtsstage zu entrichten. Rückvergütungen

werden nicht gewährt.

Auf Wunsch werden am Schlusse der Kurse über Besuch und Leistungen Zeugnisse erteilt.

Anmeldungen werden täglich in den üblichen Geschäftsstunden

und am Mittwoch, den 8. und Freitag, den 10. Januar bis 8 Uhr

abends in der Kanzlei der Handelsschule, Bickel 22, entgegenge-

nommen. 388

Das Rektorat.

Für eine Papierhülfsfabrik wird ein Meister gesucht

der nachweislich eine decarige Stellung bekleidet hat. 380 Angebote mit Angabe der Lohnansprüche und bisheriger Tätigkeit unter N. 5797 an Rudolf Wölfe, Stuttgart, erbeten.

Hygiene der Ehe

Sosben erschien neu in 250. Auflage: Arzlicher Führer für Braut- und Eheleute

von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Organ. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Stillfähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Ethik der Ehe. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechts-

Herstellung von Baustücken im Gartenstadtgebiet betr.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Karlsruhe hat teilweise Änderung der am 15. März 1913 durch den Bezirksrat Karlsruhe festgestellten Baustücken beantragt.

Der Plan liegt während zwei Wochen, vom Tage der amtlichen Bekanntmachung an, auf dem Rathaus, — Zimmer 99 — zur Einsicht der Beteiligten auf.

Etwaige Einsprüche sind bei Auschlussvermeidung innerhalb der bezeichneten Frist beim Bezirksamt oder beim Stadtrat hier schriftlich oder mündlich geltend zu machen. 374

Karlsruhe, den 4. Januar 1919.

Bezirksamt.

Weißer Käse.

Verlauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 209 bis 255 einschl. von Dienstag, den 7. Januar bis Donnerstag, den 9. Januar 1919, einschl. an die eingetragene Rundschiff gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 102. Kopfmenge 1/4 Pfund; Preis M. 1 für das Pfund.

Karlsruhe, den 6. Januar 1919. 373

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Sichorie.

Da sich herausgestellt hat, daß viele Haushaltungen nicht mehr im Besitze des Rohstoffes der Haushaltungsarten sind, muß in dieser Woche die Abgabe von Sichorie unterbleiben. Dieselbe wird erst in der nächsten Woche ausgeben. Die Geschäfte dürfen daher die Sichorie vorerst nicht verabfolgen.

Karlsruhe, den 6. Januar 1919. 370

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Allg. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Wir suchen zur Ausfülle mit sofortigem Eintritt einen

Krankenkontrollleur.

Kreuzteilnehmer bevorzugt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind bis 10. Januar 1919 außer eingureichen. Bruchsal, den 3. Januar 1919. 387

Der Kassenvorstand: F. Soloq. 387

Flügel, Pianos, Harmoniums, Odeon-Klaviere

von Sipp, Feurich, Krauss, Horügel
in schönster Auswahl in Miete Teilzahlung, Eintauch

Altenbergstr. 175
Karlsruhe Kaiserstr. 175

Deutscher Metallarb.-Verband Karlsruhe.

Achtung HeizungsMonteure!

Mittwoch, den 8. Januar 1919, abends 6 Uhr, finde in der Restauration zur „Gambriunshalle“ eine sehr wichtige

Versammlung

für HeizungsMonteure und deren Helfer statt.
Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Die Ortsverwaltung,
H. v. J. Käber.

Aufgebotsverfahren.

Fräulein Verta Ved hier, W. St. enstraße Nr. 89, 1., hat den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Lit. J. Nr. 336 mit einer Einlage von 858.37 M., inzwischen durch Binsquittschrift auf 806.97 M. angewachsen, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Karlsruhe, den 3. Jan. 1919.
Städtisches Sparkassenamt.

Brennholz,

Buchen und Eichen, zum Strecken der Kohlen, Forsten, Tannen (Anfeuerholz) amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an außwärts zugeführt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53.

Fr. Kempermann.

Tel. 5208 u. 1504.
Brennholz, Sägerei,
Spalterei und Säbelschneidfabrik.
5684

Hund

auskaufen. Dobermann, Milbe, schwarz mit braunen Abzeichen. Schwanz- und Ohren gestutzt. Gegen Belohnung abgegeben bei Becker, Wirtschaft zur „Sonne“ in Grödingen.

Rasier-Klingen

(Gilette), werden haarlos geschliffen, Std. 10 Pfg. 5509
Kaiserstr. 34, Baden.

Druckfachen fertigt an

Buchdruckerei Volkshilfsbund.

Dankagung.

Für die Weihnachtsfeier im städt. Krankenhaus sind an Geschenken und Gaben eingegangen von:

Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise 100 M.; Karl Appenzeller, Seifenfabrikant, 5 M.; Jakob Bahm, Privatier, 20 M.; Heinrich Bauer 10 M.; Karl Baumann 10 M.; Stadtrat Dr. Dieb 20 M.; Ferd. Doldt, Maurermeister, 20 M.; Gustav Habich, Schlossermeister, 5 M.; J. Hell Nachf. 10 M.; Freifrau von Eder 100 M.; Richard Graebener 5 M.; Frau Natalie Giller 15 M.; Brauereibesitzer Fr. Hoepfner 100 M.; Bürgermeister Dr. Fortsmann 4 M.; Gebr. Jost Nachf. 50 M.; Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger 80 M.; Bernhard Müller, Wurstfabrikant, 5 M.; Frau C. F. D. Müller 20 M.; Gebr. Hofrat von Deckelhäuser 25 M.; Brauerei A. Brink 50 M.; Rheinische Kreditbank 70 M.; Drogerie Carl Roth 50 M.; Frau Lina Rothacker 10 M.; Carl Schaller 10 M.; Frau Scherensky 10 M.; Direktor B. Schleich 10 M.; Brauereiges. vorm. R. Schrempf 50 M.; Frau Karl Schrempf 20 M.; Karl Steiger, Wahnhofwirt, 100 M.; Frau M. Weng 20 M.; Johanna Wunder 10 M.; Wilhelm Ziegler, Wirt, 200 M.

Verta Vaer 12 Paar Soienträger; Friedrich Wos 12 Briefstücken, 6 Nähzeuge, 1 Palet Seife, 3 Rasierapparate, 9 Hutnadeln, 25 Mappen Briefpapier, 1 Karaffe, 6 Schachteln Tabakpulver; Ebersberger u. Nees 650 Ventel Bonbons; Leipheimer u. Wende 5 Frauenröcke; Karl Rauterer, Reform-Deifattchen, 1 Ventel Konfekt, 5 Tafeln Schokolade, 12 Juckerlängen, 1 Kuchen; Christian Dertel 12 Paar Soienträger; Wegheimermeister Christian Schmidt 1 Wappenzimmer; Frau Karl Schrempf versch. Kinderspielsachen; Fr. August Schulz 24 Paar Soienträger; Fr. Otto Stoll 16 Leinwandstücke; 6 Verzinsfeuerzeuge, 10 Luntensfeuerzeuge; Drogerie Strauss 2 Kladden Wein, 2 Wandkalender; Fr. Wolff u. Sohn 15 Duzend Kaloderma, 20 Duzend Zahncreme.

Für diese Gaben sprechen wir namens der Beschenkten den herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 2. Januar 1919.

Die Krankenhauskommission.

Volksrat Karlsruhe, Aufklärungsausschuss.

Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr

Vortrag

Dr. Knud Ahlborn:

„Sozialismus und Demokratie.“
Im grossen Rathssaal.
Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bekanntmachung.

Die Kohlenvorräte des Gaswerks reichen bei dem gegenwärtigen Gasverbrauch höchstens noch für 1 Woche aus. Die Lieferung genügender Mengen von Gaslohlen ist z. Zt. unmöglich. Wir sind daher zu einer weiteren Einschränkung des Gasverbrauchs gezwungen.

Die Benützung des Gases ist nur noch in den folgenden Stunden gestattet:

morgens von 6 1/4—7 3/4 Uhr,
mittags von 11—1 Uhr,
abends von 5—9 Uhr.

Das Verbot der Benützung von Gasbade- und Gaszimmern bleibt aufrecht erhalten.

Karlsruhe, den 6. Januar 1919.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume des Kriegsunterstützungs-Amts und der Kasse für die Familienunterstützungen werden am Mittwoch, den 8. Januar nach dem Hause

Zirkel 40/42

verlegt.
An diesem Tage bleiben die Geschäftsräume geschlossen. Die Familienunterstützungen usw. werden vom 9. Januar an nicht mehr im Rathaus, sondern im Hause Zirkel 40, 2. Stock, ausbezahlt.

Karlsruhe, den 6. Januar 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Tierchutzverein Karlsruhe.

Sprechstunden:

Mi. u. Do. 11.30 Uhr bis 12.15 Uhr
Geschäftszimmer: Söfienstr. 29

Mitglieder-Versammlung:

Jeden zweiten Mittwoch im Monat in den „Vier Jahreszeiten“, Hebelstr. 21.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas,

läuft 5049

Levy, u. u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Haarspangen

werden zur Reparatur angenommen 3440

Seifenhaus Benz
Kaiserstraße 211.

Belerine,

mittlere Figur, billig zu verkaufen. Anzuleben täglich von 4 Uhr ab. Zu erfragen Kaiserstr. 75, 3. Stock r. 878

Eisenbahn-Kartuschen

in allen Größen zu haben in Weintraubs

An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).

Mutterlauge u. Schwefel (Thiopino)-Bäder.

Badezeit für Herren und Damen: Vormittag von 9—1 Uhr und nachmittags von 2 1/2—7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen geschlossen. 5187

Erste badische Strumpf-Gross-Erneuerungs-Anstalt

Rudolf Vieser

Karlsruhe i. B. Kaiserstrasse 153

Weitere Annahmestellen:

Karlsruhe:
Südstadt, Werderplatz Jac. Schneyer
Südweststadt, Kaiserstrasse 76,
Mathilde Metzger
Weststadt, Nelkenstrasse 33 (Gutenbergplatz) Emil Scherer
Oststadt, Frau Anna Mall, Lachnerstrasse 16.

Karlsruhe-Mühlburg:
Rheinstrasse 48, Jacob Schneyer.

bietet die denkbar beste Ausführung für

zerrissene Strümpfe und Socken

nach Musterschutz 667443 nebst neuen weiteren Verbesserungen. 859

Lieferzeit in ca. 14 Tagen. Ausnahmefälle in kürzester Frist. Nähgarn-Zugabe nicht nötig.

Die Ausführung spricht für sich selbst und kann jeder weiteren Reklame entbehren.

Durlach. Statt besonderer Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass mein teures, unvergessliches Kind, unser lieber Bruder, Neffe und Enkel

Willi

am Samstag vormittag im Alter von 13 Jahren von seinem schweren, mit grosser Geduld ertragenen Leiden durch den Tod erlöst wurde.

Durlach, 6. Januar 1919.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Jakob Klent und Kinder.

Beerdigung: Dienstag vormittag 10 Uhr. 860

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die mir anlässlich des Ablebens meiner lieben Frau

Rosa Sutter

geb. Schmitt

entgegengebracht wurden, für die vielen Kranzspenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte meinen innigsten Dank.

Besonderen Dank ihren verehrten Mitarbeiterinnen vom Reserve-Bagarett I. 868

Der tieftrauernde Gatte:

Leopold Sutter.

Trauerhüte

in reicher Auswahl stets vorrätig 8789
L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg.

Mandolinen, Gitarren, Zithern

werden fortwährend angekauft in

Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft,

Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Badischer Kunstverein E. V.

Karlsruhe, Waldstraße 3, Fernruf 26.

Geöffnet Verlags von 10—1 Uhr vormittags,

Sonntags u. Feiertags von 11—1 Uhr vorm.,

ferner täglich im Sommer nachmittags von 3—5 Uhr

im Winter nachmittags von 2—4 Uhr

nach jeweiliger Bekanntmachung. 349

Wöchentliche Ausstellungen von Oelgemälden, Graphik und Plastik hiesiger und auswärtiger Künstler mit 3—wöchentlichem Zeitdauer.

Bereitwillige kostenlose Auskunft für Kunstliebhaber.

Vermittlung von An- und Verkäufen ausgestellt, sowie nicht in der Ausstellung befindlicher Werke — auch für Nichtmitglieder — zu feststehenden vom Verkäufer zu tragenden geringen Gebühren.

Aufnahme von Mitgliedern durch mündliche oder schriftliche Anmeldung jederzeit. Jahresbeitrag 12 Mark, Beiträge für Familienmitglieder 1 Mark.

Jährliche Verlosung von Anrechtscheinern unter die Mitglieder, die dem Gewinner ermöglichen, sich aus den Ausstellungen ein ihm gefallendes Werk unter etwaiger Aufzahlung des Marktpreises auszuwählen. Jährliche Vereinsgabe, gelegentliche Sonderverlosungen.

Eintrittspreis für Nichtmitglieder 50 Pfennig.

Auflage von verschiedenen Kunstzeitschriften und Tageszettungen.

Von heute ab bis zum 1. Februar können die Beiträge für das Jahr 1919 gegen Quittung an der Kasse eingezahlt werden.

Die aus Anlass des 100jährigen Bestehens des badischen Kunstvereins geprägte Jubiläumsdenkmünze nebst Beschriftung ist ebenfalls an der Kasse erhältlich. Preis für Nichtmitglieder 20 Mark.